

## **Siegburger Erklärung vom 18.11.2004**

### **Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis für die Stärkung des Politikstandortes!**

#### **❖ Aktive politische Unterstützung für die Region Bonn/Rhein-Sieg**

Die Politikstandorte in der Region Bonn/Rhein-Sieg müssen zukunftssicher bleiben. Zehn Jahre nach Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes darf es keine schleichende Erosion der politischen Funktionen Bonns als Bundesstadt geben. Die politischen Schwerpunkte der Region Bonn/Rhein-Sieg müssen aktiv unterstützt werden. Das gleiche gilt für die Region Köln/Bonn mit Standorten insbesondere in Köln und Bergisch-Gladbach.

#### **❖ Tausende Arbeitsplätze sichern**

Parteiübergreifend fordern wir von allen Beteiligten, sich strikt an die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes zu halten. Das sichert hochwertige Arbeitsplätze in der Region. Die Umzugsbestrebungen mehrerer Verbände - insbesondere aus dem Gesundheitsbereich - müssen endlich gestoppt werden. Die politisch Verantwortlichen dürfen nicht die Hände in den Schoß legen: Gerade jetzt gilt es, schnell und entschlossen zu handeln, ehe unwiderrufliche Fakten geschaffen werden.

Der drohende Zusammenbruch des in der Region vorhandenen Netzwerks im Gesundheitsbereich und der damit verbundene Verlust an qualifizierten Arbeitsplätzen werden sich nicht auf die Verbände und Einrichtungen im Gesundheitsbereich beschränken. Es ist zu befürchten, dass diese Entwicklung deutliche negative Auswirkungen insbesondere auf solche Wirtschaftsunternehmen aus der Gesundheitsbranche haben wird, die auf die enge Zusammenarbeit mit den Verbänden spezialisiert und dringend angewiesen sind, so z.B. auf Consulting-Unternehmen sowie Soft- und Hardware-Entwickler mit insgesamt mehreren tausend Arbeitsplätzen.

Es steht außer Zweifel, dass hierdurch die Region und der gesamte Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen in dem für die Zukunft so bedeutenden Wirtschaftsbereich Gesundheit dauerhaft und schwer beschädigt wird.

#### **❖ Umfeld des Politikschwerpunktes Gesundheit fördern**

Die gesetzlich fixierten Politikbereiche für die Region Bonn/Rhein-Sieg bedürfen in ihrem Umfeld auch einer dauerhaften Verankerung, Vernetzung und Präsenz durch Verbände und andere Einrichtungen. Die heute noch existierenden politischen Netzwerke müssen vor Ort erhalten und weiter gefördert werden. Standortverlagerungen nach Berlin, die Inhalt und Geist des Berlin/Bonn-Gesetzes widersprechen, schwächen langfristig die zentralen politischen Funktionen der Bundesstadt Bonn. Selbst die positiven Effekte der Ausgleichsleistungen sowie eine weitere erfolgreiche

Ansiedlung internationaler Einrichtungen in der Region werden dadurch langfristig gefährdet. Dem Verlust politischer Kompetenzen der Region muss mit Nachdruck begegnet werden. Wir stemmen uns deshalb nachhaltig gegen alle Bestrebungen, die politischen Funktionen der Region Bonn/Rhein-Sieg weiter zu schwächen.

❖ **Beispiel Gesundheit: AOK und VdAK gehören nach Bonn/Siegburg**

Am Beispiel des Politikbereichs Gesundheit wird deutlich, dass mehr getan werden muss, als nur die verbliebenen Bundesministerien in Bonn zu erhalten. Das politische Umfeld der Ministerien - bestehend aus Verbänden, Wissenschaft und privaten Einrichtungen - gehört unmittelbar in diese Region und nicht nach Berlin. Der Politikschwerpunkt Gesundheit muss bereits den Verlust wichtiger Arbeitsplätze verkraften, der durch den Umzug des Deutschen Roten Kreuzes (aus Bonn), der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (aus Köln) und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (aus Düsseldorf) verursacht wurde. Bedeutende gesundheitliche Institutionen wie der AOK-Bundesverband (Bonn), der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) (Siegburg) und der IKK-Bundesverband (Bergisch-Gladbach) dürfen nicht auch dem Sog nach Berlin erliegen. Es ist "fünf vor zwölf". Wir fordern den AOK-Bundesverband und den VdAK auf, von den Umzugsplänen Abstand zu nehmen.

❖ **Politik muss auf verantwortlichen Umgang mit Versichertengeldern pochen**

Die Politik hat den Gesundheitsstandort Bonn durch Ansiedlung des Bundesversicherungsamtes sowie des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte intensiv gefördert. Wir begrüßen auch, dass aktuell ein Neubau des Bundesgesundheitsministeriums in Bonn entsteht, um die verstreuten Dienststellen zusammenzuführen. Das ist ein weiteres positives Signal für den Standort Bonn. Die dafür eingesetzten Steuergelder verpflichten aber auch langfristig.

Verantwortliche Politik muss einschreiten, wenn es gilt, den überflüssigen Umzug von Verbänden aus dem Gesundheitswesen aufzuhalten. Gerade hier zeigt sich, wie ernst es die Politik mit dem sparsamen und verantwortlichen Umgang mit Versichertengeldern meint. Die Bundesgesundheitsministerin muss sich deshalb gegen die millionenschweren Umzüge von AOK-Bundesverband und VdAK zu Lasten der Versicherten stemmen.

Die Bundesgesundheitsministerin muss sich dazu öffentlich eindeutig für den Erhalt der Gesundheitseinrichtungen in der Region aussprechen.

Wir erwarten von den Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, sich weiterhin entsprechend ihrer gemeinsamen Erklärung von Bad Neuenahr verstärkt für dieses Anliegen einzusetzen.